

Jospin will die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung kürzen

Die französische Regierung unter Ministerpräsident Lionel Jospin beabsichtigt, die Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherung von Niedriglohnbezieherern um 60 Milliarden Franc, umgerechnet 18 Milliarden DM, im Jahr zu senken. Von dieser Vergünstigung sollen nur jene Unternehmen profitieren, die im Zuge der Einführung der 35-Stunden-Woche neue Stellen schaffen. Zur Finanzierung des Programms will die Regierung eine Ökosteuer einführen und die Körperschaftsteuer für Großunternehmen erhöhen.

Jospin wird das von Finanz- und Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn und Arbeits- und Sozialministerin Martine Aubry erarbeitete Konzept mit den Regierungsparteien beraten. Der Arbeitgeberverband Medef hat bereits Proteste gegen die Einführung neuer Steuern zu Lasten der Unternehmen angekündigt. Kritik äußern aber auch Kommunisten und Gewerkschaften, die in der beabsichtigten Reduzierung des Arbeitgeberbeitrags für die Sozialversicherung ein Geschenk an die Unternehmen sehen.

Der Plan der Regierung ist in der Regierungskoalition umstritten, weil in ihm ein Teil der französischen Linken erstmals indirekt anerkennt, daß eine Senkung der Arbeitskosten die Beschäftigung erhöhen könnte. Bislang galten in Frankreich eine moderate Lohnpolitik und Bemühungen zur Kontrolle der Lohnnebenkosten als Konzepte bürgerlicher Wirtschaftspolitik. So hatte Jospin ursprünglich sogar einen Teil der von seinem neogaullistischen Vorgänger Alain Juppé beschlossenen Senkungen der Lohnnebenkosten wieder rückgängig machen wollen. Juppé hatte die Arbeitgeberbeiträge bereits um 40 Milliarden Franc (12 Milliarden DM) im Jahr gekürzt.

Nach der jetzt ins Auge gefaßten Kehrtwende Jospins sollen künftig bis zu einem Stundenlohn von 72,40 Franc gegenüber bislang 53,50 Franc die Arbeitgeber von der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen befreit werden. Außerdem wird der Staat auf mittlere Frist für jede als Ergebnis einer kürzeren Arbeitszeit geschaffene Stelle eine Prämie von 5000 Franc im Jahr an die Unternehmen zahlen. Mit diesen zwei Maßnahmen will die Regierung verhindern, daß als Folge der Einführung der 35-Stunden-Woche die Arbeitskosten für Bezieher kleiner Einkommen steigen und daß auf diese Weise Arbeitsplätze verlorengehen. Der von der Regierung in Aussicht gestellte kräftige Beschäftigungszuwachs als Folge einer Verkürzung der Arbeitszeit ist bislang weitgehend ausgeblieben. Im Gegenzug haben die Traditionalisten unter den französischen Linken einen Sieg bei der Finanzierung der Reform errungen, indem sie eine zusätzliche Besteuerung der Unternehmen durchsetzen konnten. So befürwortet Strauss-Kahn die Einführung einer Ökosteuer, bei der die Unternehmen entsprechend ihres Energieverbrauchs und ihrer Abfallproduktion zur Kasse gebeten würden. Die Details dieser Steuer, die mittelfristig Einnahmen von 12 Milliarden Franc (3,6 Milliarden DM) im Jahr einbringen soll, stehen aber noch nicht fest.

Die Staatskasse erhofft sich weitere 12 Milliarden Franc im Jahr aus einer Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes von 36,6 % auf 40 %, von der aber die Kleinbetriebe verschont werden sollen. Die Idee der Reform besteht darin, Unternehmen mit einer kapitalintensiven Produktion zu belasten, um Unternehmen mit einer arbeitsintensiven Produktion zu entlasten, heißt es im Arbeitsministerium. So hoffen die Unternehmen aus der Hotellerie und der Textilwirtschaft von dem Plan der Regierung zu profitieren, während die Chemie- und die Stahlindustrie vermutlich zu den größten Verlierern zählen. Der zur Finanzierung der Reform verbleibende Restbetrag von 35 bis 40 Milliarden Franc soll durch Überschüsse bei der Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden.

Nach: Frankfurter Allgemeine Nr. 115 vom 20.05.1999

